

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Juni 2019

# berlin magazin

rbb – Zuverlässiger  
Wegbegleiter in der  
Region



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© Michael Wittig

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

die Anregung des dbb berlin zu einem Spitzengespräch in Sachen Besoldung ist vom Regierenden Bürgermeister erfreulich schnell in die Tat umgesetzt worden. Auch ein Gesetzentwurf zur Anpassung von Besoldung, der inhaltlich mit dem Tarifabschluss mit der TdL übereinstimmt, liegt bereits vor. Das sind die beiden guten Nachrichten. Die schlechte ist, das im Senatsentwurf leider an einer zeitlichen Verschiebung festgehalten und damit völlig unnötig Wasser in den Wein gegossen wird. Eine entsprechende Nachbesserung muss jetzt im Abgeordnetenhaus erreicht werden.

Auch das Thema Beihilfe ist wieder virulent. Ein vergiftetes Angebot für GKV-versicherte Beamte droht jetzt das ganze System zu gefährden.

Titelthema dieser Ausgabe des hauptstadt magazins ist unsere regionale Rundfunkanstalt, der rbb. Seit vorletztem Jahr wird der Sender von Intendantin Patricia Schlesinger geführt – und die hat bereits ziemlich viel in Bewegung gebracht. Insbesondere wurde der Langeweile in der Programmgestaltung der Kampf angesagt, wie das hauptstadt magazin in einem Gespräch mit der rbb-Chefin erfuhr.

Wer übrigens den rbb-Slogan „BLOSS NICHT LANGWEILEN“ selbst auf der Brust tragen möchte, sollte unbedingt bei unserem Preisrätsel mitmachen, denn unter den richtigen Einsendungen verlosen wir zwei Kapuzensweatshirts mit dieser Aufschrift.

Bei der Veranstaltung „dbb berlin im Dialog“ am 15. Mai hat uns BBBank-Vorstandsmitglied Oliver Lüscher schließlich ausführlich mit den Angeboten, dem Service und der Strategie des Geldinstituts vertraut gemacht. Für Angehörige des öffentlichen Dienstes auf jeden Fall ein interessanter Partner.

Es grüßt Sie bis zur nächsten Ausgabe

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

**Inhalt**

**Besoldung**  
 Spitzengespräch beim Regierenden Bürgermeister 4  
 Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung 5

**Beihilfe**  
 Vergiftetes Angebot! 6

**Zukunftspakt Verwaltung**  
 Gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung 7

**Titelthema**  
 rbb-Intendantin sorgt für neue Impulse 8

**Partner**  
 Better Banking mit der BBBank 12

**Rechtsprechung**  
 Vorsicht Etikettenschwindel! 13

**Aus den Mitgliedsgewerkschaften**  
 VBE: Schlag ins Gesicht! 14

**Unterhaltung**  
 Preisausschreiben 15

**Kurz notiert**  
 dbb berlin informiert beim CDU-Landesparteitag 16  
 Am 20. und 21. Juli ist Motzstraßenfest 16

**Impressum**

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.  
**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.  
**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.  
**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.  
**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.  
 Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** © rbb.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

**Spitzengespräch beim  
Regierenden Bürgermeister**

## Stellschrauben für attraktivere Besoldung sondiert

**Am 8. Mai 2019 war es soweit: Der Berliner Regierungschef Michael Müller und die für den öffentlichen Dienst zuständigen Senatoren Matthias Kollatz und Andreas Geisel haben sich mit Vertretern der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in Berlin an einen Tisch gesetzt, um die Besoldungsproblematik im Land Berlin zu beraten.**

Auch wenn von einem solchen Spitzengespräch, das in diesem Fall auf Anregung des dbb berlin stattgefunden hat, sofortige, in Euro und Cent zählbare Ergebnisse nicht zu erwarten sind, darf die Bedeutung eines grundsätzlichen Auslotens von gemeinsamen Lösungsmöglichkeiten aktueller Fragen und künftiger Weichenstellungen nicht unterschätzt werden.

Eine Einschätzung, die offenbar auch der Regierende Bürgermeister Michael Müller teilt, der zu Beginn der Gesprächsrunde die gemeinsamen Interessen von Koalition und Gewerkschaften unterstrich und einvernehmliche Lösungen anstrebt.

### Keine Annäherung in 2019

Einen ersten Dämpfer erhielten diese Erwartungen allerdings beim Thema „Aktuelle Einkommensrunde“. Denn hier will der Senat bedauerlicherweise an der zeitlichen Verzögerung bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger festhalten. Bezogen auf das Gesamtjahr hat die Verschiebung des Anpassungszeitpunktes auf April 2019 beziehungsweise Februar 2020 zur Folge, dass die lineare Erhöhung auf „nur“ 3,2 Prozent in diesem und auf circa 3,95 Prozent im nächsten Jahr schrumpft.

Von einer Annäherung an den Bundesdurchschnitt kann damit in diesem Jahr keine Rede sein. Für den dbb berlin eine inakzeptable Situation, die jetzt nur noch im Gesetzgebungsverfahren korrigiert werden kann.

### Offensive bei Abgeordneten

dbb Landeschef Frank Becker hat bereits unmittelbar nach dem Spitzengespräch eine Offensive bei den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses angekündigt, mit dem Ziel, dass hier unbedingt nachgebessert werden muss. Das gelte auch für die Verbesserung der Ausbildungs- und Anwärterbezüge, die bei geringem Mitteleinsatz zu einer deutlichen Attraktivitätssteigerung des Landesdienstes im Nachwuchswettbewerb mit den anderen Gebietskörperschaften und dem privaten Sektor führen würde.

Positiv wertete Becker demgegenüber, dass der Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung bereits vorliegt und ein zügiges Gesetzgebungsverfahren sowie eine frühestmögliche Auszahlung von Abschlagszahlungen angestrebt wird.

Nicht gerüttelt wird vom Senat auch an dem Ziel der Anpassung an zunächst den Bundesdurchschnitt der Bundesländer bis 2021. Auch eine spätere Angleichung an das Bundesniveau – wie vom dbb berlin gefordert – schloss Finanzsenator Kollatz nicht mehr aus.

### Viele Ansätze

Vielmehr werde langfristig über viele Möglichkeiten zur finanziellen Verbesserung nachgedacht. Geprüft würden unter anderem Themen wie Ballungsraumzulage, Jobtickets, Leistungsgutscheine, Wohnungsfürsorgeverbesserungen oder eine weitere Aufstockung des Weihnachtsgeldes. Entscheiden-



des Ziel sei dabei, alle Beschäftigten gleichmäßig zu erreichen und eine tatsächliche Attraktivitätssteigerung zu bewirken.

Der dbb berlin hat in diesem Zusammenhang auch auf die Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen gedrängt, die – unverändert seit 2002 – mit 6,65 Euro/Monat ihren Zweck längst nicht mehr erfüllen können.

### Weichenstellungen in der Ausbildung

Innensenator Geisel stellte darüber hinaus die Wiederaufnahme der „Ausbildung“ für den mittleren Dienst im Beamtenverhältnis in Aussicht. Auch Studiengänge für den gehobenen Dienst sollen wieder vorgesehen werden.

Außerdem besteht die Absicht, die Aufstiegsmöglichkeiten deutlich zu erweitern. Auch werde derzeit der Wohnraumbedarf von Anwärtern und Auszubil-

denden ermittelt, um die Nachwuchskräfte entsprechend versorgen zu können.

Der dbb berlin wird sich für die angesprochenen Verbesserungsmöglichkeiten mit Nachdruck auf der politischen Ebene einsetzen. ■



## Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung

# Anpassung umgesetzt – aber wieder mit Pferdefuß

**Der dbb berlin hat die zügige Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Anpassung der Besoldung und Versorgung sowie die inhaltliche Übertragung des Tarifiergebnisses zuzüglich eines Anpassungsfaktors von 1,1 Prozent zum Abbau des Berliner Besoldungsrückstands begrüßt, die vorgesehene zeitliche Verzögerung der Anpassung aber als inakzeptabel bezeichnet.**

In einer an Finanzsenator Matthias Kollatz gerichteten Stellungnahme heißt es dazu, die positiven Signale, die von dem Gesetzentwurf nach langen Jahren der Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamtinnen ausgehen, würden dadurch bedauerlicherweise wieder „verwässert“. Denn die vorgesehene weitere Anpassung an das Durchschnittsniveau der Länder vermittle erfreulicherweise bei den Betroffenen den Eindruck von Wertschätzung ihrer Leistung und von Verlässlichkeit des Senats.

Wie schon beim Spitzengespräch beim Regierenden Bürgermeister am 8. Mai 2019 kritisiert, entwerteten die vorgesehenen zeitlichen Verschiebungen der Anpassungstermine jedoch die linear sehr zufriedenstellenden Anpassungen und ver-

hinderten in 2019 sogar die vorgesehene weitere Annäherung an den Bundesdurchschnitt. Der dbb berlin pocht deshalb mit Nachdruck auch auf zeitgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses.

Weiteres Manko des Entwurfs ist, dass keinerlei Verbesserungen für Anwärterinnen und Anwärter enthalten sind. Schließlich vermisst der dbb berlin feste Kriterien zur Berechnung des Besoldungsdurchschnitts der Länder, nachdem fast bundesweit Ländergesetze zur Anpassung bis 2021 vorliegen.

Positiv wertet der dbb berlin, der auf eine schnellstmögliche Auszahlung der Erhöhung gepocht hatte, den mittlerweile von Finanzminister Kollatz genannten Termin zum 1. September 2019.



## Pauschalbeihilfe

# Vergiftetes Angebot!

Der dbb berlin weist nachdrücklich Bestrebungen zurück, freiwillig in der GKV versicherten Beamtinnen und Beamten eine

Pauschalbeihilfe zu gewähren. Was auf den ersten Blick wie eine Verbesserung daherzukommen scheint, entpuppt sich nämlich bei näherem Hinsehen als Mogelpackung, die letztendlich an der Attraktivität des Berufsbeamtentums und an den Fundamenten der Krankheitsvorsorge rüttelt.

Nach einer Meldung der Berliner Morgenpost vom 5. Mai 2019, bereitet die Berliner Finanzverwaltung derzeit einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor.

dbb Landeschef Frank Becker: „Initiativen für eine pauschale Beihilfe innerhalb der GKV werden immer wieder damit begründet, dass Beamtinnen und Beamte, die freiwillig GKV-versichert sind, wegen der hohen Hürden der privaten Krankenversicherung (PKV) zwangsläufig dort angesiedelt sind und keine andere Wahl haben. Das stimmt so aber nicht mehr. Die PKV hat in mehrmaligen Öffnungsaktionen allen Beamtinnen und Beamten eine Mitgliedschaft mit deutlich vergünstigten Risikozuschlägen angeboten. Auch wenn es immer noch problematische Einzelfälle geben mag, darf deswegen nicht ein grundsätzlich bewährtes System infrage gestellt werden.“

### Attraktivitätsfaktor Beihilfe

Schon im Hinblick auf den alarmierenden Nachwuchsmangel im öffentlichen Dienst dürfe nicht außer Acht bleiben, dass die herkömmliche Beihilfe ein bedeutender Attraktivitätsfaktor des Berufsbeamtentums ist.

Wesentlich gravierendere Konsequenzen eines Rüttelns an der beamtenrechtlichen Beihilfe hat der Zweite Vorsitzende des dbb und Fachvorstand Beamtenpolitik, Friedhelm Schäfer, am 1. April 2019 vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages beschrieben: Mittelfristig würde nämlich der PKV durch Pauschalbeihilfen Substanz und damit Wettbewerbsfähigkeit entzogen, Wettbewerbsbedingte Effizienzeffekte gingen verloren und hätten steigende Beiträge bzw. abnehmende Leistungen der Krankenversicherungen insgesamt zur Folge. Dasselbe gelte für den Wegfall des überproportionalen Beitrags der PKV bei der Finanzierung des Gesundheitssystems, der auch den GKV-Mitgliedern zugute

kommen. Defizite innerhalb der GKV, stellte Schäfer klar, könnten nicht einfach durch zusätzliche Mitglieder gelöst werden, die ihrerseits Leistungsansprüche stellen.

### Beide Systeme stärken!

Insofern gilt es, beide Systeme in ihrer Leistungsfähigkeit und in ihrer sozialen Gerechtigkeit zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Pläne, die Pauschalbeihilfe als Vehikel zur Durchsetzung einer Einheitsversicherung zu missbrauchen, bezeichnete Schäfer schließlich als unredlich gegenüber den Beamtinnen und Beamten, denen auf diese Weise ein vergiftetes Angebot gemacht werde.

Der dbb berlin wird zunächst die Vorlage des in der Morgenpost angekündigten Gesetzesentwurfs abwarten und dann eine detaillierte kritische Stellungnahme gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus abgeben. ■

## Wahl- und Abstimmungsvorstände

# Ausgleich für Stellvertreter gefordert

Während Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesdienstes, die bei Wahlen als Wahl- und Abstimmungsvorstände herangezogen werden, zum Ausgleich Dienstbefreiung erhalten, gilt das nicht für ihre Stellvertreter. Ein vernünftiger Grund für diese Ungleichbehandlung ist nicht erkennbar und der dbb berlin hat schon wiederholt Freizeitausgleich auch für letzteren Personenkreis gefordert.

Nicht ganz ohne Erfolg, denn eine Neuregelung besagt immerhin, dass zumindest Stellvertreter, die in das Amt des Vorstehers rücken, entsprechende Dienstbefreiung erhalten. Das ist aber nicht ausreichend! Der Stellvertretung muss vielmehr grundsätzlich ebenso Dienstbefreiung gewährt werden wie den Vorständen selbst.

Denn, so argumentiert der dbb berlin, auch stellvertretende Wahlvorsteherinnen und -vorsteher haben einen besonderen funktionsbezogenen Zeitaufwand. So unterstützen sie etwa die Vorstände im Wahllokal oder bei Abholung bzw. Rückführung der Wahlunterlagen. Auch ihr Schulungsbedarf ist nicht geringer als der aller anderen Wahlvorstandsmitglieder.



## Zukunftspakt Verwaltung verspricht gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung

**Bezirke und Senat haben am 14. Mai 2019 einen Zukunftspakt Verwaltung geschlossen, mit dem verlässliche öffentliche Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen sichergestellt werden sollen. Als Handlungsfelder sieht der Pakt Personalgewinnung und -entwicklung, neue Führungskultur, effiziente Prozesse, Digitalisierung und optimierte Strukturen vor, das heißt, gesamtstädtische Steuerung ist gefragt.**

Vor allem aber scheint bei den politisch Verantwortlichen die Erkenntnis durchgedrungen zu sein, dass eine leistungsfähige Verwaltung ohne motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu haben ist.

„Der Schlüssel für eine gute und zukunftsgerichtete Verwaltung sind unsere Beschäftigten. Sie sind auch der wesentliche Erfolgsfaktor für die Umsetzung unserer Vorhaben,“ heißt es wörtlich in dem Papier.

Und weiter: „Ihnen wollen wir gute Arbeitsbedingungen mit angemessener Bezahlung in einem familienfreundlichen Umfeld bieten.“

Wie das konkret aussehen soll, ist in den sieben von den insgesamt 27 sogenannten Projektsteckbriefen nachzulesen, die sich mit dem Thema „Attraktiver Arbeitgeber“ befassen: Einführung des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst, Nachwuchssicherung im gehobenen Dienst durch Einführung eines dualen Studiengangs „Öffentliche Verwaltung“ an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR), Einführung der Verwendungsbeförderung, vereinfachter Laufbahnwechsel und Einführung der Ausbildung in Teilzeit. Auch die Zugangsvoraussetzun-

gen im gehobenen nichttechnischen Dienst sollen flexibilisiert werden und die Gehaltsstrukturen durch einheitliche, behördenübergreifende Stellenbewertungen in den Bezirken und Senatsverwaltungen angeglichen werden.

Vergeblich sucht man hingegen einen Steckbrief „Verbeamtung“ oder „Anpassung der Bezahlung an das Bundesniveau“, beides für die Attraktivität von immenser Bedeutung, wie die leidvollen Erfahrungen mit der Abwanderung von Berliner Personal zum Bund oder ins nahe Brandenburg bestätigen. Deshalb ist es nur gut, dass die Zielvereinbarung festschreibt: „Wir werden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eng in den Veränderungsprozess einbeziehen und unsere Ziele und Erwartungen transparent machen. Nach einem Jahr Zukunftspakt werden wir für und mit unseren Beschäftigten im Rahmen des ‚Berliner Verwaltungskongresses‘ eine erste Bilanz ziehen.“

Der dbb berlin ist bereit, sich in Sachen Zukunftspakt konstruktiv einzubringen und würde sich als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes in Berlin eine regelmäßige Beteiligung durch den Senat wünschen.



Rundfunk Berlin-Brandenburg

## Bloß nicht langweilen ...

... lautet der aktuelle Slogan des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb), der nahezu perfekt auf den Punkt bringt, was Intendantin Patricia Schlesinger für den ARD-Sender anstrebt. Die seit Juli 2016 amtierende rbb-Chefin will nämlich den einstmals als eher langweilig wahrgenommenen Sender zum starken und effizienten Wegbegleiter – oder kurz zum guten Freund – des Publikums in der Region umstrukturieren.

Eine hohe Messlatte! Aber Schlesinger ist bereits auf einem sehr guten Weg, die Menschen mit abwechslungsreichen und unterhaltsamen Programmen zu überzeugen. Das unterstreichen schon die Einschaltquoten beim rbb-Fernsehen, die sich etwa bei der täglichen Regionalberichterstattung in der Abendschau an Spitzentagen auf einen sehr guten Wert bis 30 Prozent steigern können. Auch das Verbrauchermagazin „SUPER.MARKT“ und die schräge und kultige „Abendshow“ erfreuen sich beim Berliner Publikum regelmäßig guten Zuspruchs.

### Interessenausgleich mit Fingerspitzengefühl

Die hohe Sehbeteiligung ist umso bemerkenswerter, als dass der rbb in seinem Sendegebiet nicht nur mit allen anderen öffentlichen und privaten Fernsehsendern konkurrieren, sondern auch unterschiedlichste Zuschauererwartungen bei der Programmgestaltung abwägen muss. In den ländlichen Gebieten Brandenburgs weichen Interessenlage und Sehgewohnheiten von denen der Hauptstadtbewohner deutlich ab.

Aber auch in Berlin selbst gibt es nach wie vor eine Ost-West-Haltung, das mit Fingerspitzengefühl abgedeckt werden will. Im Bereich des Hörfunks wird dieser Spagat mit unterschiedlichen Sendern geleistet, beim Fernsehen ist es offenbar gelungen, einen tragfähigen Kompromiss zu finden.

Auch innerhalb der ARD, der der rbb als Landesrundfunkanstalt angehört, ist der Sender aus Berlin-Brandenburg gut unterwegs. rbb-Produktionen wie das Politmagazin „Kontraste“ werden erfolgreich im gemeinsamen ARD-Programm ausgestrahlt. Beim FilmMittwoch im Ersten konnte der rbb mit „Unterwerfung“ nach einem Bestseller des französischen Schriftstellers Michel Houellebecq punkten. Und das „ARD-Mittagsmagazin“ ist mit seinem Umzug von München nach Berlin Anfang vergangenen Jahres vom rbb übernommen worden. Es wird hier in einer technischen Kooperation abwechselnd von rbb und ZDF produziert.



rbb-Intendantin  
Patricia Schlesinger

### Zahlreiche Filmpreise

Auch wenn man auf die stattliche Anzahl von Filmpreisen schaut, die der rbb bereits in diesem Jahr gewonnen hat, liegt die Intendantin goldrichtig. Sie setzt nämlich auf viel mehr eigenes Programm anstelle von Übernahmen der Beiträge anderer Anstalten, um das Publikumsinteresse zu stärken.

Beim Deutschen Filmpreis 2019 war der rbb jedenfalls mit acht „Lolas“ der große Gewinner. Allein sechsmal wurde seine Kinokoproduktion „Gundermann“ ausgezeichnet.

Zwei weitere Lolas gewann „Of Fathers and Sons“. Doch damit nicht genug: Der österreichischen Film- und Fernsehpreis „ROMY“ für den besten TV-Film ging an die rbb-Produktion „Unterwerfung“ und der Autor und der Regisseur des rbb-Tatorts „Meta“ konnten sich über einen Grimme-Preis freuen. „Of Fathers and Sons – Die Kinder des Kalifats“ war sogar für den Oscar 2019 in der Kategorie „Bester Dokumentarfilm“ nominiert.

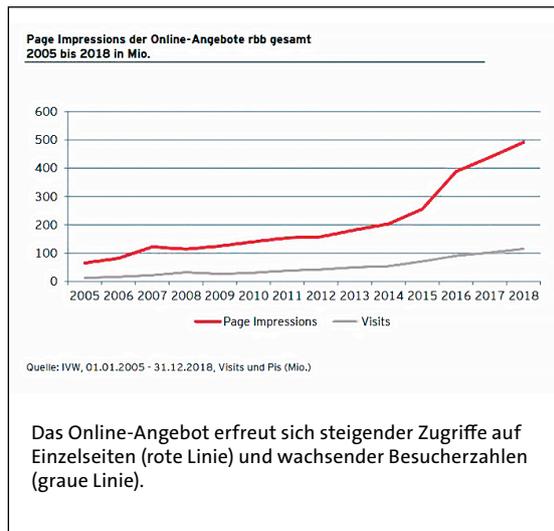
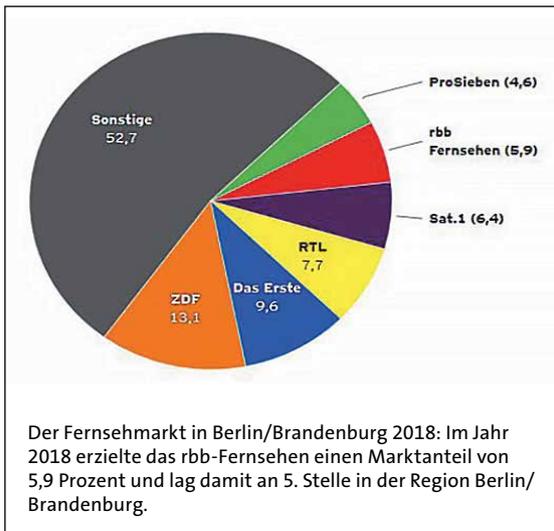
### Reiche Fernseh-erfahrung

Diese Erfolge kommen nicht von ungefähr – die Intendantin strahlt nicht nur jede Menge Energie, Offenheit und Zielstrebigkeit aus. Sie verfügt auch über reiche Erfahrungen im Fernseh-Metier, sei es als Leiterin des ARD-Studios Südostasien in Singapur, als Moderatorin von „Panorama“ oder sei es als USA-Korrespondentin der ARD in Washington. Auch die aufeinanderfolgenden Leitungsfunktionen in den Abteilungen Ausland und Aktuelles im Programmbereich Zeitgeschehen, Dokumentation und Reportage sowie des Programmbereichs Kultur und Dokumentation beim NDR-Fernsehen haben sie für ihren jetzigen Aufgabenbereich hervorragend gerüstet.



Hohe Einschaltquoten bei der „Abendschau“ und beim „SUPER.MARKT“

„Ich habe auch sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, betont die rbb-Chefin, und anders sei das gewaltige Aufgabengebiet auch gar nicht zu bewältigen. Neben der sicher arbeitsintensivsten und aufwendigsten Fernsehsparte sind nicht weniger als sieben Radioprogramme auf Sendung und das digitale Angebot nimmt einen immer größeren Umfang ein.



Nicht weniger als zehn Stunden am Tag bedient sich der Mensch der Medien, weiß Patricia Schlesinger, wobei das Internet deutlich auf dem Vormarsch ist und aller Voraussicht nach langfristig dem Fernsehen seinen Rang ablaufen wird. Die Sehgewohnheiten junger Menschen lassen daran keinen Zweifel.

### Online-Angebot wächst

Auf diese Entwicklung bereitet sich der rbb frühzeitig vor. Das Online-Angebot ist bereits deutlich angewachsen, in der rbb Mediathek ist eine Vielzahl interessanter Livestreams, Filme und Dokumentationen abrufbar. „Die Verweildauer der Videos unterliegt allerdings rechtlichen Vorgaben,“ schränkt Schlesinger ein. Dokumentationen und Informationssendungen dürfen bis zu einem Jahr verfügbar bleiben.

Überhaupt gibt der Internetauftritt [www.rbb24.de](http://www.rbb24.de) Auskunft auf jede erdenkliche Frage, angefangen von den aktuellen Programmen über Sendefrequenzen bis hin zu Sehbeteiligungen. Auch die Finanzen bzw. die Verwendung der Rundfunkgebühren ist offengelegt.

Darüber hinaus ist die rbb24- App ein ausgesprochen nützlicher Begleiter in der Region. Sie liefert unter anderem Aktuelles, Veranstaltungs- und Verkehrshinweise, Wetterberichte, Fernseh- und Hörfunkprogramme oder auch aktuelle Sportmeldungen – ein guter Freund in der Hand- beziehungsweise Westentasche.

Erforderlich sein werden aber künftig viel weitreichendere Umstrukturierungen, auf die der rbb sich bereits mit einer „digitalen Transformation“ vorbereitet, d. h., Inhalte werden zentral erarbeitet und erst im zweiten Schritt den unterschiedlichen Medien zugewiesen – zunächst ist das aber noch Zukunftsmusik.

### Chor und Orchester

Sehr präsent ist demgegenüber die Musik des Rundfunksymphonie-Orchesters und des Rundfunkchors Berlin, an denen der rbb nicht nur beteiligt ist, sondern die auch in den Räumen des Senders regelmäßig proben und bisweilen im großen Sendesaal auftreten.

Und wer den rbb besucht, bleibt schließlich nicht unbeeindruckt von den Gebäuden des Senders, die samt und sonders unter Denkmalschutz stehen. Paradestück natürlich das 1929 erbaute Haus des Rundfunks, eines der ersten Rundfunkgebäude in Europa, eine Pracht, die es durch geschickte Geschäftsführung ebenfalls von den dem Sender zufallenden Rundfunkbeiträgen zu erhalten gilt.

Gewählt wird die Geschäftsführung bzw. Intendanz einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt übrigens für fünf Jahre vom Rundfunkrat des Senders. Frauen haben dabei aktuell in der ARD zweimal Berücksichtigung gefunden. Beim rbb mit seiner Chefin sieht die Geschlechterverteilung demgegenüber mit 50 : 50 sehr viel gerechter aus und die Intendantin ist zuversichtlich, dass sich die Situation auch in anderen Sendern und Unternehmen in den Leitungsfunktionen generell ändern wird: „Es gibt viele gut ausgebildete, kompetente und tüchtige Frauen,“ meint Schlesinger, die sich im Laufe ihres Berufslebens nur allzu häufig in Männerzirkeln wiedergefunden hat. „Die gläserne Decke ist auf. Die Frauen müssen durchstarten.“

Durchgestartet ist jedenfalls die Berliner Intendantin und es besteht guter Grund zur Annahme, dass der längst nicht mehr langweilige rbb in absehbarer Zeit der unverzichtbare Begleiter in der Region ist. Das hauptstadt magazin wünscht auf jeden Fall viel Erfolg.





## BBBank geht mit der Zeit

# Better Banking

Die BBBank – vor fast 100 Jahren als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst gegründet – hat sich längst zu einer der mitgliederstärksten Banken Europas entwickelt. In Deutschland steht die 500.000 Mitglieder starke Genossenschaftsbank mittlerweile an 6. Stelle bei den Top Ten unter den Geldinstituten. Warum das so ist, konnte BBBank-Vorstandsmitglied Oliver Lüsich am 15. Mai 2019 bei einer Diskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe „dbb berlin im Dialog“ überzeugend begründen.

Die Bank punktet nicht nur mit ausgesprochen günstigen Konditionen bei Krediten, Baufinanzierungen und Versicherungen und einem gebührenfreien Girokonto, sondern auch mit dem kompetenten Service ihres bundesweit wachsenden Filialnetzes. Rund 130.000 Neumitglieder haben ihr diese Vorzüge in den letzten fünf Jahren beschert und das Ende der Fahnenstange ist noch lange nicht erreicht.



Oliver Lüsich informiert über Better Banking.

### Hohe Weiterempfehlungsrate

Denn nicht weniger als rund 90 Prozent der BBBank-Kunden geben laut einer unabhängigen Erhebung an, das Institut weiterempfehlen zu wollen. Und bereits zum 6. Mal in Folge schaffte es die „Hausbank für den öffentlichen Dienst“ als beste überregionale Filialbank ausgezeichnet zu werden.

Ausschlaggebend dafür sind nicht nur vorteilhafte Konditionen, sondern auch der zuverlässige persönliche Service vor Ort, Transparenz, Sicherheit und ein Produktspektrum, das sich mittlerweile auch auf Baufinanzierung, Anlageberatung und Vermögensverwaltung erstreckt.

Gerade in Finanzierungs- und Anlagefragen sind Bankkunden in der Regel froh, in einer Filiale mit

einem Berater ein ausführliches Gespräch führen zu können. Und das umso mehr, wenn der Gesprächspartner sich – wie bei der BBBank – sogar noch bestens mit der speziellen Situation im öffentlichen Dienst auskennt.

### Sicherheitsgarantie beim Online-Banking

Aber auch, wer den schnellen und unkomplizierten Service einer Direktbank sucht, ist bei der BBBank richtig. Nicht nur vom heimischen PC aus, sondern auch über eine Banking-App lässt sich das Girokonto für den Benutzer problemlos verwalten. Problemlos auch deshalb, weil die BBBank eine Sicherheitsgarantie für Online- und mobiles Banking gewährt. Das heißt, bei Hackerangriffen, für die Lüsich allerdings bei dem eingesetzten Genossenschaftsserver so gut wie keine Angriffsfläche sieht, entsteht dem Kunden kein Schaden.

### Fit für die Zukunft

An Erfahrungsschatz fehlt es der BBBank, die 2021 ihr „Hundertjähriges“ feiern kann, nicht. Aber auch der Schritt in die Moderne ist mit dem mobilen Banking längst vollzogen und wird energisch weiter verfolgt. Zu den Zukunftsplänen zählt vorrangig der Ausbau der digitalen Anwendungen und die europaweite Ausdehnung des kostenfreien Geldabhebens mit der BBBank-Giro- und Kreditkarte. Gegenwärtig ist das bei den Cashpool-Partnern und einer Reihe von Verbrauchermärkten möglich.

### Kontenwechsel – leichtgemacht

Wer Mitglied der Genossenschaftsbank werden und als Angehöriger des öffentlichen Dienstes noch zusätzlich von ermäßigten B-Tarifen auf alle Produkte des Hauses profitieren will, dem ist der Weg geebnet. Denn innerhalb nur weniger Minuten lässt sich online ein Kontenwechsel zur BBBank bewerkstelligen.

Mehr Infos:  
[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)

# Vorsicht Etikettenschwindel!

hauptstadt**magazin**

Längst nicht alles, was sich – auch in Berlin – Gewerkschaft nennt, erfüllt die wesentlichen Voraussetzungen für eine wirksame Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Was Beschäftigte beachten sollten, um nicht in den Fängen einer „Pseudo-Gewerkschaft“ zu landen, die letztendlich kaum etwas für sie bewirken kann, hat das Bundesarbeitsgericht in einem Beschluss vom 26. Juni 2018 – 1 ABR 37/16 – zusammengetragen.

Dreh- und Angelpunkt einer schlagkräftigen Interessenvertretung für Arbeitnehmer ist bekanntlich die Tariffähigkeit – für die Mitgliedsgewerkschaften des dbb über ihre Dachorganisation eine Selbstverständlichkeit. Aber längst nicht alles, was sich auf dem interessenpolitischen Parkett tummelt, verfügt über diese ganz entscheidende Eigenschaft. Hinreichende Durchsetzungskraft und organisatorische Leistungsfähigkeit sind nämlich Grundvoraussetzungen, betonen die Richter des BAG,

wenn eine Arbeitnehmervereinigung Tariffähigkeit beansprucht.

Aber selbst wenn eines der oft lediglich Einzelfragen verfolgenden oder auf Einzelpersonen konzentrierten Bündnisse es schon einmal an einen Tariftisch geschafft haben sollte, lässt sich nach Auffassung der Richter keine soziale Mächtigkeit daraus ableiten. Dazu gehört auch, dass die Arbeitgebervereinigung weiterhin eine repräsentative Zuständigkeit sieht. ■

---

## Firmenticket

# Unverständliche Zurückhaltung

Ab 1. September 2019 wird der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) beruflichen Pendlern ein günstiges Firmenticket anbieten. Zugrunde liegt dem eine verkehrs- und klimapolitisch weise Entscheidung des Senats, der damit ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag wahrgemacht hat. Umso unverständlicher, dass die eigenen Landesbediensteten ebenso wenig wie die des Bundes bislang einbezogen werden.

Der Grund: Am neuen Firmenticket muss sich der Arbeitgeber mit einem Betrag von 10 Euro oder 15 Euro pro teilnehmendem Mitarbeiter beteiligen.

Das Bundesverwaltungsamt hat – ungeachtet der auch umweltpolitischen Vorbildfunktion der öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherrn – bereits abgewinkt und das Land Berlin prüft jetzt erst einmal, ob das, was es bei anderen Arbeitnehmern für gut und richtig befindet, auch für die eigenen Bediensteten gelten soll.

Verstehen muss man diese Doppelmoral nicht, insbesondere weil es nicht etwa nur um eine Entschärfung der Parkplatzsituation geht, sondern um eine echte Wende in der Verkehrspolitik, die den öffentlichen Nahverkehr im Sinne des Klimaschutzes fördern soll.

Der dbb berlin und seine Mitgliedsgewerkschaften werden jedenfalls alles daransetzen, dass Theorie und Wirklichkeit in Sachen Verkehrswende auch im öffentlichen Dienst nicht weiter auseinanderklaffen! ■

VBE



## Schlag ins Gesicht

Die Vorsitzende des VBE Berlin, Heidrun Quandt, hat den Beschluss des Berliner SPD-Parteitag gegen die Verbeamtung der Berliner Lehrer als „rein ideologisch“ kritisiert. Die gebetsmühlenartig wiederholten Kostenargumente seien schlichtweg falsch und sind vom VBE immer wieder überzeugend widerlegt worden. Besondere Empörung hat aber eine Krankenstatistik ausgelöst, die als Argument gegen die Lehrerverbeamtung herhalten soll.



© Friedhelm Windmüller

Heidrun Quandt

„Ein Schlag ins Gesicht der verbeamteten Lehrerschaft“, nennt Heidrun Quandt das Zahlenwerk, das Finanzsenator Matthias Kollatz neu in die Diskussion eingebracht hat. Denn höhere Krankheitskosten für Beamte sollen jetzt offenbar den Verbleib der Berliner Lehrer im Angestelltenverhältnis rechtfertigen. Die Statistik, wonach in der Altersgruppe zwischen 40 und 50 Jahren Beamte mit 6,5 Prozent häufiger langzeiterkrankt sind als angestellte Lehrer mit drei Prozent, die überdies nach sechs Wochen Krankengeld erhalten, erweist sich nämlich als ausgesprochen fadenscheinig.

„Auch der Finanzsenator müsste wissen, dass Berlin seit 2003 keine Verbeamtung mehr vorgenommen hat,“ zweifelt die Berliner VBE-Vorsitzende die Aussagekraft der Statistik an. „Damit müssten die Lehrerinnen und Lehrer, die sich heute in der Altersgruppe der 40-Jährigen befinden, bereits mit 24 Jahren das Studium, das Referendariat sowie die 2. Staatsprüfung abgelegt haben. Wie soll das gehen, wenn zu dieser Zeit das Abitur mit 19 Jahren abgelegt wurde, das Studium für das 1. Wahlfach mindestens sechs Semester zuzüglich Prüfungssemester dauerte und das Referendariat 18 Monate umfasste?“

### Gesundheitsmanagement greift nicht

Abgesehen davon gelte es die Gründe für Langzeiterkrankungen zu hinterfragen. Heidrun Quandt: „Ist es möglich, dass die älteren Lehrerinnen und Lehrer unter den schlechten Arbeitsbedingungen und der Arbeitsverdichtung mehr leiden als jüngere?“ Offenbar greife das Gesundheitsmanagement doch nicht so, wie die politischen Verantwortlichen es vorgaukeln. Schon die Dienstvereinbarung Gesundheit für den öffentlichen Dienst berücksichtige die Besonderheiten bei der Lehrer- und Erzieherchaft nicht. „Denken wir doch nur an marode Schulgebäude und Turnhallen, fehlende Lärmdämmung, Verschmutzung, fehlendes Personal, ständig neue Reformen zum Nulltarif usw.“, führt Heidrun Quandt an. „Davon steht nichts in der Statistik!“

Als Armutszeugnis wertet der VBE darüber hinaus die Tatsache, dass der Finanzsenator das Zusammenfallen von Renten- und Pensionsansprüchen unnötig problematisiert. „Darf ich daran erinnern, dass auch in den 70er-Jahren viele zunächst angestellte Lehrerinnen und Lehrer später verbeamtet wurden. Sind nicht auch angestellte Lehrerinnen und Lehrer aus der ehemaligen DDR nach entsprechenden Kursen verbeamtet worden? Und hatte der Finanzminister auch mit dieser Klientel Schwierigkeiten, die Rente und Pension auszurechnen?“ fragt die Berliner VBE-Vorsitzende.

### Fadenscheinige Argumente

Der VBE Berlin stellt fest, dass die Berliner SPD bei ihrem Parteitagbeschluss vielen fadenscheinigen Argumenten aufgesessen ist. Der Wettbewerbsnachteil der Hauptstadt bei der Rekrutierung ausgebildeter Lehrer ist damit zementiert worden – mit völlig absurden und teuren Folgen: Der massive Personalmangel zwingt Berlin nämlich, verbeamtete Lehrer aus anderen Bundesländern aufzunehmen und Besoldungsnachteile gegenüber ihrer früheren Beschäftigung durch Zulagen auszugleichen. Die Konsequenz: Jeder verbeamtete Lehrer aus einem anderen Bundesland verdient mehr als verbeamtete Berliner Lehrer. ■

Gespenstertreiben	↕	Vorname Hemingways	↕	ein Balte	<h2>Unsere Gewinnerin</h2> <p>Gewinnerin unseres Mai-Preisrätsels ist Karin Leske aus 14165 Berlin. Das hauptstadt magazin wünscht einen genussvollen Aufenthalt in der Taverna Kretamos.</p> <h3>Herzlichen Glückwunsch!</h3>										somit, mithin	↕	Schutzstoffe verabreichen	↕	Gemahlin Lohengrins	
mittel- u. südamerikanische Währung	→		↕												fliederblau, hellviolett	→		↕		
↖	↻ 6			weibliches Märchenwesen											telefon. Kurznachricht (Abk.)	→		↻ 5	kleines Klappfenster	↕
seichte Stelle eines Flusses	↗														Schmuckstein	→				
deutsche Filmdiva (Hildegard)	selbsttätiges Gerät		Musenross der griech. Sage												rheinisch für Narr, Karnevalist	↘	textloses Singen (Alpen)		Innenstadt (engl.)	
Gesichtspunkt	↖				↕	die Wärme betreffend	humorvoll, unterhaltsam	↕	Laubbaum	Gemüsepflanze	↕	griechischer Hirtengott	↘		↻ 7					
↖			↻ 3	unechter Schmuck	reich an Licht	→			der Stechpalme ähnliche Pflanze											
Bastfaser		Ostgermane	→		↖	Bruder des Moses	→					festes See-, Signalzeichen		früherer Lanzenreiter		nicht hungrig				
↖				Mittellosigkeit	↻ 4				chem. Element, Selten-erdmetall	deutscher Künstler (Joseph)	↻ 1									
russische Halbinsel		Lachsfisch	→			mehrfaches Echo	→			↻ 8						Abkürzung: Siehe unten!				
↖				amerikanische Raumsonde				↻ 10				Gefängnis (ugs.)								
mit Paddeln gefähreres Sportboot	Schreibart: Kunst-richtung			↻ 2		Klatsch, Tratsch	→					↻ 9	Fuge, längliche Vertiefung	→						



## Zwei leuchtendrote Hoodies ...

... auf denen in weißen Lettern „BLOSS NICHT LANGWEILEN“ prangt, verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung unseres Juni-Preisausschreibens. Dank einer Spende des rbb, können die coolen Hoodies einmal in Größe M und einmal in Größe L vergeben werden. Deshalb sollte bei allen Einsendungen eine Größenangabe nicht fehlen. Wir erwarten Ihre Zuschrift – wie immer – bis Mitte des Monats bzw. bis 15. Juni 2019 an

dbb berlin  
 post@dbb.berlin  
 Fax: 030.327952-20

*Und dann auf ein wenig  
 Losglück hoffen.*

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen



Mit dem neu gewählten CDU-Landesvorsitzenden Kai Wegner (Bildmitte) von links: Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Tim Lauterbach (stellv. Vors. dbb jugend berlin), Bodo Pfalzgraf (Landesvorsitzender DPoIG Berlin) und Thomas Goiny (Vorsitzender BSBD Berlin)

## CDU-Landesparteitag

# dbb berlin sorgte für fachkundige Informationen

An einem Info-Stand haben der dbb berlin und seine Mitgliedsgewerkschaften die Delegierten des CDU-Landesparteitags am 18. Mai 2019 mit zweckdienlichen Informationen über ihre gewerkschaftliche Arbeit und aus dem öffentlichen Dienst versorgt. Prominentester Gast am Stand: Der neu gewählte CDU-Landesvorsitzende Kai Wegner.

Am dbb Stand lenkten Bodo Pfalzgraf (DPoIG Berlin), Andreas Brauer (gkl berlin), Thomas Goiny (BSBD Berlin), Tim Lauterbach (dbb jugend berlin) und der dbb Landesvorsitzende Frank Becker die Aufmerksamkeit der Delegierten und Gäste des Landesparteitages auf die Situation im öffentlichen Dienst und die Forderungen des dbb berlin.

dbb Landeschef Frank Becker nutzte den Besuch des neuen CDU-Landesvorsitzenden am dbb Stand nicht nur für Glückwünsche zur Wahl, sondern auch um

einen kurzfristigen Termin für ein Antrittsgespräch beim dbb berlin zu verabreden.

Kai Wegner MdB (46) wurde mit einer knapp 77-prozentigen Mehrheit zum Landesvorsitzenden gewählt und tritt die Nachfolge von Monika Grütters (MdB) an, die nicht erneut für dieses Amt kandidiert hatte.

Zum Generalsekretär wiedergewählt wurde Stefan Evers (39) MdA, der auch Parlamentarischer Geschäftsführer des Abgeordnetenhauses von Berlin ist. ■

## Schon jetzt vormerken

# Am 20. und 21. Juli ist Motzstraßenfest

... und natürlich wieder mit einem Infostand des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften. Besucher finden den dbb berlin in der „Politikwelt“ in der Eisenaacher Straße. In unmittelbarer Nähe präsentieren sich auch die Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses. Schon jetzt haben viele Kolleginnen und Kollegen aus den dbb Fachgewerkschaften ihre Hilfe vor Ort



zugesagt, sodass der Landesbund an beiden Tagen ab 11 Uhr mit einem breit gefächerten Informationsangebot aufwarten kann. Das Motto des diesjährigen Lesbisch-Schwulen-Straßenfestes lautet „Gleiche Rechte für Ungleiche – weltweit!“ ■